Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 17. November 2010
Ausgabe 220

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› Zweifache Ehrung der Landeshauptstadt München durch die Oberste Baubehörde 5
› Das städtische Beratungshaus Paul-Heyse 20 6
› Informationsmesse für Alleinerziehende im Sozialbürgerhaus Ramersdorf-Perlach 9
› Stadtmuseum: Veranstaltungstag rund um das Saxophon 10
› Winterdienstbilanz für Dientag, 16. November 11
Antworten auf Stadtratsanfragen **12**
› Milliardenverluste auch für die Stadtwerke München? 12
› Multiresistente Krankheitserreger auf dem Vormarsch 15

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **21**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 18. November, 12.30 Uhr,
Städtischer Hort an der Berg-am-Laim-Straße 124
Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte bei der Eröffnungsfeier des generalsanierten und erweiterten Städtischen Horts Berg-am-Laim-Straße 124. Die Einrichtung wurde durch die Baumaßnahme von 50 auf 100 Betreuungsplätze vergrößert. Weitere Rednerinnen und Redner sind Stadtdirektor Franz Josef Balmert vom Baureferat und Marlene Kelch von der Fachabteilung Kindertageseinrichtungen im Referat für Bildung und Sport.

Wiederholung
Donnerstag, 18. November, 17 Uhr, Englschalkinger Straße 185
In Vertretung des Oberbürgermeisters hält Stadtrat Marian Offman (CSU) die Festrede zur Eröffnung des Neubaus des Jugendtreffs „Cosi" am Cosimapark. Grußworte sprechen Dr. Maria Kurz-Adam, die Leiterin des Stadtjugendamtes, und Tom Rausch, stellvertretender Vorsitzender des Kreisjugendrings München-Stadt. Die bauliche Übergabe nimmt Franz Josef Balmert vor, Leiter der Hauptabteilung Hochbau im Baureferat.

Wiederholung
Donnerstag, 18. November, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Im Rahmen des alljährlichen Bildungsempfangs der Stadt verleiht Bürgermeisterin Christine Strobl die Kerschensteiner-Medaille 2010 an Rektor a. D. Peter Vahlensieck. Stadtschulrat Rainer Schweppe eröffnet die Veranstaltung, Bürgermeisterin Christine Strobl hält die Laudatio. Im Anschluss folgt ein Fachvortrag des Journalisten Reinhard Kahl mit dem Thema „Nicht Fässer füllen – Flammen entzünden! Für eine Renaissance der Bildung".
Mit der Kerschensteiner-Medaille werden von der Stadt jährlich Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich besondere Verdienste um die Bildung von Kindern und Jugendlichen in München erworben haben. Rektor a. D. Peter Vahlensieck wird mit der Medaille u.a. für seine Verdienste auf dem Gebiet der Schulentwicklung geehrt, die er als langjähriger Schulleiter der Münchner Hauptschule an der Cincinnatistraße bereits 1999 als Kern und Impulsgeber für die pädagogische Arbeit an der Schule implementiert hat. Die

Hauptschule an der Cincinnatistraße wurde dafür in Berlin vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog mit dem „Hauptschulpreis 1999 – Hauptschule macht Schule“ ausgezeichnet.

Wiederholung
Donnerstag, 18. November, 19 Uhr, Lothringer13,
Städtische Kunsthalle München, Lothringer Straße 13
Stadträtin Monika Renner (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur zeitgleichen Eröffnung der Ausstellungen „Vom Aufgang der Sonnen“ von Heike Döscher und „Order Out of Chaos“ von Esther Rutenfranz. Die Ausstellungen sind vom 19. November bis 9. Januar, Dienstag bis Sonntag von 14 bis 20 Uhr, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen unter *www.lothringer-dreizehn.com*

Donnerstag, 18. November, 19.30 Uhr,
Jüdisches Gemeindezentrum, St.-Jakobs-Platz 18
Oberbürgermeister Christian Ude im Gespräch mit Rafael Seligmann zu dessen Autobiografie „Deutschland wird dir gefallen“. Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, spricht Grußworte.
Voranmeldung erbeten unter Telefon 20 24 00-49

Freitag, 19. November, 9.45 Uhr,
HVB-Forum, Kardinal-Faulhaber-Straße 1
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, spricht Grußworte auf dem 1. DPRG-Forum, einer Veranstaltung der Deutschen Public Relations Gesellschaft e. V..

Freitag, 19. November, 16 Uhr, Rathaus, Ratstrinkstube
Bürgermeisterin Christine Strobl zeichnet Bezirksausschuss-Mitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit aus. Es werden vier Mitglieder für 36 Jahre, vier Mitglieder für 30 Jahre, neun Mitglieder für 24 Jahre, 23 Mitglieder für 18 Jahre und 14 Mitglieder für zwölf Jahre Mitgliedschaft geehrt.

Samstag, 20. November, 10 Uhr,
Kirche 12 Apostel, Schrobenhausener Straße 3
Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) gratuliert dem Münchner Ehepaar Katharina und Jakob Sedlmaier im Namen der Stadt zur Diamantenen Hochzeit.

Samstag, 20. November, zirka 22 Uhr,
Foyer der Philharmonie im Gasteig, Rosenheimer Straße 5
Im Anschluss an das Konzert der Maxwell Street Klezmer Band, Chicago, spricht Stadtrat Richard Quaas (CSU) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte beim Stehempfang anlässlich der Eröffnung der 24. Jüdischen Kulturtage München.

Montag, 22. November, 10 Uhr, Altostraße 39
Stadtrat Dr. Josef Assal (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Rosa Haase im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Montag, 22. November, 11 Uhr, Alfons-Hoffmann-Haus, Agnes- Bernauer-Straße 185 (ein Haus der Münchenstift GmbH)
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Mathilde Steitz im Namen der Stadt zum 104. Geburtstag.

Montag, 22. November, 18 Uhr, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Herzog-Wilhelm-Straße 15, Foyer
Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dieter Reiter, und die Leiterin der städtischen Gleichstellungsstelle für Frauen, Michaela Pichlbauer, sprechen Grußworte bei der Eröffnung der Ausstellung „Frauen im Aufbruch – Poli-tische Plakate". Die Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ingrid Matthäus-Maier, spricht anschließend zum Thema „Frauen in der Politik – Frauen im Aufbruch? Ein Blick zurück und volle Kraft voraus". Die Plakatausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt das Werben um die politische Beteiligung der Frauen in drei wichtigen historischen Phasen des 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung ist für Publikum von 23. November bis 16. Dezember geöffnet. Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr, Freitag von 8 bis 15 Uhr.
Achtung Redaktionen: Für die Teilnahme an der Vernissage ist eine Anmeldung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, E-Mail bayernforum@fes.de, nötig.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 24. November, 19 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

Mittwoch, 24. November, 19.30 Uhr, Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

Mittwoch, 24. November, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 24. November, 19 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 24. November, 19.30 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

Zweifache Ehrung der Landeshauptstadt München durch die Oberste Baubehörde
(17.11.2010) Beim Abschluss des landesweiten Wettbewerbs „Zukunft planen – Zukunft gestalten" in der Obersten Baubehörde würdigte Staatssekretär Gerhard Eck vom Bayerischen Staatsministerium des Innern die eingereichten Beiträge und eröffnete die Ausstellung zum Thema „Innovative Strategien in der Siedlungsentwicklung". Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk erhielt für das Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine der insgesamt sechs Anerkennungen. Gewürdigt wurde das referatsübergreifend erstellte „Soziodemografische Handlungskonzept" der Landeshauptstadt: „Die Stadt München hat im Rahmen ihres Stadtentwicklungskonzepts „Perspektive München" die Herausforderungen des demografischen Wandels für das gesamte Stadtgebiet teilräumlich und in allen Themenfeldern der Stadtpolitik herausgearbeitet. Das Preisgericht würdigt den ganzheitlichen und integrativen Handlungsansatz insbesondere im soziodemografischen Bereich."
Die Münchner Stadtbaurätin nahm zusätzlich gemeinsam mit Bürgermeister Günter Heyland aus Neubiberg stellvertretend für die Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung einen von neun vergebenen Preisen entge-

gen. Die Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung besteht aus den Kommunen Fürstenfeldbruck, Garching, Germering, Haar, Karlsfeld, München, Neubiberg, Oberhaching, Oberschleißheim, Pullach und Unterschleißheim sowie dem Landkreis München. Sie setzt sich für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ein, die einen sorgsamen Umgang mit der Ressource Fläche versucht. Deren Arbeit lobt die Jury folgendermaßen: „Die interkommunale Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung greift in vorbildlicher Weise Themen auf, die sich aus der Stadt-Umland-Problematik ergeben. Das Preisgericht würdigt im Hinblick auf die vielfältigen Interessen der beteiligten Städte und Gemeinden die zukunftsweisenden Ziele wie z.B. ein regionales Einzelhandelskonzept und ein regionales Flächenmonitoring."
„Ich freue mich, dass mit dem Preis der Obersten Baubehörde ein Projekt gewürdigt wird, das in einer freiwilligen, interkommunalen Zusammenarbeit einen strategischen Ansatz darstellt, der auf eine langfristige Stärkung unseres Lebens- und Wirtschaftsraums abzielt", so Professorin Dr. (I) Merk.

Das städtische Beratungshaus Paul-Heyse 20

(17.11.2010) Mit der Paul-Heyse 20 hat das Referat für Gesundheit und Umwelt seit September 2010 drei Beratungsstellen unter einem Dach vereint: Waren die Drogen- und Clearingstelle sowie der Sozialpsychiatrische Dienst bisher in der Bayerstraße 26 und die Alkohol- und Medikamentenberatung im Gesundheitshaus an der Dachauer Straße 90 untergebracht, steht den Bürgerinnen und Bürgern jetzt ein eigenes Beratungshaus zur Verfügung. Bei einem Presserundgang mit Kommunalreferentin Gabriele Friderich, Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, sowie Vertretern des Baureferats ist das Gebäude nun erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt worden.
Im Dezember 2007 war das Kommunalreferat vom Stadtrat beauftragt worden, für die in einem Beratungszentrum zusammenzufassenden Beratungsstellen erforderliche Flächen durch eine Fremdanmietung sicherzustellen. Anlass war, dass die bisher genutzten Flächen in der Bayerstraße 28 durch die Zentralisierung des Referates für Bildung und Sport (Schulreferat) an dieser Adresse zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen würden.
Eine durch das Kommunalreferat erfolgte Marktsondierung zeigte, dass für die schwierigen Beratungsaufgaben aktuell keine entsprechenden Flächen im Mietmarkt aktiviert werden konnten. Die Objektsuche war auf einen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbaren Standort in München-Mitte zu fokussieren, da die Zuständigkeiten des Beratungszentrums

vorwiegend und die des sozialpsychiatrischen Dienstes im Besonderen in diesem Bereich liegen. Für den Zweck des Beratungszentrums wurde schließlich aus dem stadteigenen Immobilienbestand das Anwesen Paul-Heyse-Straße 20 näher untersucht.
Das Gebäude erwies sich schnell als ideal. Zum einen konnten durch den Gebäudezuschnitt die drei Beratungstellen auf getrennten Stockwerken untergebracht werden. Gleichzeitig waren genügend Flächen für zusätzliche Betreuungsangebote vorhanden, zum Beispiel eine Fahrradwerkstatt im Kellergeschoss oder einen Bewegungsraum im Erdgeschoss. Zum anderen ist durch die direkte Nachbarschaft zum Hauptbahnhof eine zentrale Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr gegeben.
Das Baureferat erhielt im Folgenden den Auftrag, die notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Für die Projektkosten wurden 2.985.000 Euro als Obergrenze festgesetzt und auch eingehalten. Kommunalreferentin Gabriele Friderich dazu: „Die Paul-Heyse-Straße 20, ein denkmalgeschütztes Gebäude aus dem Allgemeinen Grundvermögen der Landeshauptstadt München, hat sich nach der erfolgreichen Sanierung durch das Baureferat zu einem echten Juwel gewandelt. Drei Sachgebiete unter einem Dach, aber mit deutlich erkennbarer Eigenständigkeit, machen deutlich, dass die Landeshauptstadt mit einem umfassenden Beratungsangebot in die Verantwortung geht für Bürgerinnen und Bürger mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen. Als Raum außerhalb der Verwaltungsgebäude kann die Paul-Heyse 20 zudem die gelegentlich schwierigen Erfahrungen mit Ämtern und Behörden abfedern und dem Bedarf der kranken Menschen entgegen kommen."

Hilfe aus einer Hand

Die Bündelung von drei Beratungsangeboten an einem Ort hebt Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt hervor: „Mit dem Umzug in die Räume der Paul-Heyse-Straße ist ein langjähriger Wunsch unseres Referats in Erfüllung gegangen: Ein gemeinsames Beratungshaus. Der Beratungsalltag zeigt, dass die Einrichtungen der medizinischen und psychosozialen Versorgung zunehmend mit Klientinnen und Klienten konfrontiert sind, die nicht nur wegen einer, sondern wegen mehrerer Erkrankungen Hilfe suchen. Viele suchtkranke Menschen leiden an einer psychischen Störung; viele Opiatabhängige sind zusätzlich auch von legalen Drogen wie Alkohol und Medikamenten abhängig."
Mit der Paul-Heyse 20 steht den Klientinnen und Klienten jetzt hohe Fachlichkeit an einem Ort zur Verfügung. „Das ist besonders deshalb von Bedeutung, da gerade das Klientel dieser Beratungsstellen Gefahr läuft, auf den Wegen zwischen einer Institution zur anderen ‚verloren' zu gehen", betont Lorenz. „Diese Menschen brauchen kurze Wege und vernetzte Ange-

bote, die effektiv sind." Zugleich dankt Lorenz den Vertreterinnen und Vertretern des Kommunal- und des Baureferates für die Zusammenarbeit während der Sanierungs- und Umzugsphase. „Das ist ein wundervolles Gebäude."

Herausforderungen während der Sanierungsphase

Bei der Sanierung ergaben sich für das zuständige Baureferat verschiedene Problemstellungen, die alle erfolgreich gemeistert werden konnten:

- Das Gebäude ist ein hochwertiges Einzeldenkmal. Sämtliche Maßnahmen wurden in enger Kooperation mit der Unteren Denkmalschutzbehörde durchgeführt.
- Des Weiteren entsprach die Bausubstanz in wesentlichen Teilen nicht mehr den aktuellen Vorschriften in Bezug auf vorbeugenden Brandschutz, barrierefreien Zugang und die grundsätzlichen Anforderungen an ein modernes Bürogebäude.
- Außerdem ergab sich durch die Arbeit der Beratungsstellen ein erhöhter Anspruch an den inneren Schallschutz. Die Büroräume untereinander und zu den Verkehrsflächen mussten den Anforderungen an Arztpraxen entsprechen.
- Bedingt durch die Innenstadtlage waren zur Lagerung von Baustellenmaterial nur die sehr begrenzten Flächen im Innenhof vorhanden. Aus diesem Grund wurde die Begrünung des Innenhofs auf das Ende der Maßnahme geschoben.
- Zur Abwicklung des Baustellenverkehrs standen nur der Gehweg sowie der Radweg zur Verfügung. Diese Fläche wurde zusätzlich noch durch die Gerüststellung eingeschränkt. Da die Paul-Heyse-Straße stark befahren und eine der Hauptverkehrswege ist, konnte leider kein Fahrstreifen für die Baustelle gesperrt werden. Der gesamte Zu- und Abtransport mußte während der üblichen Lieferzeiten von 9 Uhr bis 15 Uhr abgewickelt werden.

Geschichte der Paul-Heyse-Straße 20

Das Gebäude wurde 1912 durch die Architekten Heilmann und Littmann im Auftrag des Homöopathischen Vereins München geplant und erbaut. Das Grundstück lag damals noch am Stadtrand von München. Ursprünglich wollte der Verein dort ein Krankenhaus erbauen. Dies ist zum Teil noch an der Fassade erkennbar. Hinter dem großen Giebel an der Straßenfassade sollte eine Kapelle über zwei Geschosse liegen. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand der Nachbarn, die Befürchtungen wegen Infektionskrankheiten, insbesondere Lungenkrankheiten äußerten. Letztlich wurde das Gebäude dann mit kleineren Änderungen gebaut und als Bürogebäude vermietet.

Im Zuge seiner Geschichte hat die Paul-Heyse-Straße 20 dann auch unterschiedliche Nutzungen erfahren. Während des Zweiten Weltkrieges war dort ein Schwesternwohnheim untergebracht, ab den 50er Jahren dann das Schulreferat. Anfang 2000 erfolgte der letzte größere Umbau. In dem Gebäude wurden für einige Jahre Unterkünfte für wohnungslose Münchner geschaffen. Im Anschluss wurden Untersuchungen für anderweitige Nutzungen durchgeführt. Ein Umbau zum Mehrfamilienhaus scheiterte an der starken Verkehrsbelastung durch die Paul-Heyse-Straße. In der neuen Funktion als Beratungshaus ist die Nutzung des Anwesens Paul-Heyse-Straße 20 nun langfristig gesichert.
Kontakt: Landeshauptstadt München, Kommunalreferat, Pressestelle, Telefon 2 33-2 86 40, Telefax 2 33-2 60 57, E-Mail: bdr.kom@muenchen.de oder Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt, Pressestelle, Telefon 2 33-4 75 09, Telefax 2 33-4 75 08, E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit.rgu@muenchen.de

Informationsmesse für Alleinerziehende im Sozialbürgerhaus Ramersdorf-Perlach

(17.11.2010) Für alleinerziehende Frauen und Männer ist der berufliche Wiedereinstieg mit besonderen Herausforderungen verbunden. Die Suche nach einer passenden Beschäftigung hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Betreuung der Kinder sichergestellt ist. Zudem stellt sich häufig die Frage, ob Weiterbildungskurse die Chancen am Arbeitsmarkt verbessern können.
Die Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München GmbH (ARGE München) und das Sozialreferat der Landeshauptstadt München veranstalten am Dienstag, 23. November, von 9 bis 13 Uhr im Sozialbürgerhaus Ramerdorf-Perlach, Thomas-Dehler-Straße 16, eine „Informationsmesse für Alleinerziehende". Eingeladen zu dieser Informationsmesse sind alleinerziehende Frauen und Männer aus den Stadtbezirken Ramersdorf und Perlach. An der Informationsmesse für Alleinerziehende beteiligen sich rund 25 Einrichtungen, die ihre Angebote insbesondere zu folgenden Themen präsentieren:

- Weiterbildung, Coaching und Sprachkurse
- Aktuelle Stellenangebote
- Informationen über Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Beratung zur Entwicklung und Förderung von Kindern

Kooperationspartner bei dieser Veranstaltung sind „REGSAM" und „power_m". „REGSAM", das regionale Netzwerk für soziale Arbeit in München, vernetzt stadtteilbezogen die Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit. „power_m" ist ein Modellprojekt des Re-

ferats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird. Mit seinen kostenlosen Leistungen richtet sich „power_m“ an Mütter und Väter, die nach einer mehrjährigen Familienphase wieder in den Beruf zurückkehren möchten *(www.power-m.net)*.
Während der Teilnahme an der Informationsmesse werden die Kinder der Besucherinnen und Besucher von ausgebildeten Erzieherinnen betreut. Eine Anmeldung für diese Veranstaltung ist nicht erforderlich.

Stadtmuseum: Veranstaltungstag rund um das Saxophon
(17.11.2010) Das Saxophon, das den Namen seines Erfinders trägt, des Belgiers Adolphe Sax (1814 - 1894), war ursprünglich als ein Instrument für die tiefe Lage in der „Freiluftmusik“ konzipiert. Im Rahmen der „Kunstmusik“ fristete es jedoch lange ein oft belächeltes Schattendasein, obwohl schon 1842 Hector Berlioz meinte, dass es „sehr wahrscheinlich in wenigen Jahren in allgemeinen Gebrauch kommten wird“. Es sollte wieder einmal die „Subkultur“, nämlich der Jazz, sein, die dem Instrument zu seinem Siegeszug um den Erdball und dann auch zum Sprung auf die Klassikbühne verhalf. Der Veranstaltungstag mit dem assoziativen Titel „Sax in the City“ bietet am Sonntag, 21. November, von 11 bis 18 Uhr in der Sammlung Musik des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, neben einer kleinen Ausstellung der historischen Saxophone der Sammlung Musik und den neuesten Modellen der Sax-Nachfolge-Firma Henri Selmer, Paris, mit fünf Konzerten und zwei Vorträgen die Möglichkeit einer intensiven Auseinandersetzung sowie des Erfahrungsaustausches mit vielen Saxophonbegeisterten.
Programm:
(zwischen den Programmpunkten ist immer eine Viertelstunde Pause)

11 Uhr:	Panta Rhei Saxophonquartett
12 Uhr:	Ausstellungseröffnung
12.45 Uhr:	Duoka Saxophon & Percussion
13.45 Uhr:	„Gustav Bumcke – deutscher Saxophonpionier“, ein Vortrag von Erik Nestler
14.45 Uhr:	Duo Segmehl (Saxophon) & Dannhorn (Klavier)
15.45 Uhr:	Die Entwicklung der Saxophone – lebendig erzählt und zu Gehör gebracht, ein Vortrag von Christian Segmehl u.a. auch mit Klangbeispielen auf Originalinstrumenten der Sammlung Musik des Münchner Stadtmuseums
16.30 Uhr:	Trio Sax Allemande, Alex Quelle and friends
18 Uhr:	Ende

Der Veranstaltungstag rund um das Saxophon im Münchner Stadtmuseum findet in Zusammenarbeit mit der ARDESA (Arbeitsgemeinschaft Deutsche Saxophonisten e.V.) statt. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Winterdienstbilanz für Dientag, 16. November

(17.11.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Dienstag, 16. November:
Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 9
Bisherige Einsatztage: 7
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 507.900,80 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 17. November 2010

Milliardenverluste auch für die Stadtwerke München?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 14.9.2010

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 14.09.2010 hinterfragen Sie, ob die von der Bundesregierung geplante Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke hohe Verluste für die Stadtwerke München GmbH (SWM) nach sich ziehe.

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachrichten vom 30.09. und 25.10.2010 gewährten Terminverlängerungen.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den operativen Geschäftsbereich der SWM fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Vorbemerkung der SWM:
Die nachfolgenden Ausführungen stehen unter dem Vorbehalt, dass sich die Vorhaben der Bundesregierung im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch ändern könnten.

Frage 1:
Welche finanziellen Verluste drohen den SWM durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke?

Antwort der SWM:
Die SWM gehen nach heutigem Kenntnisstand davon aus, dass sie Nachteile beim Einsatz der mit fossilen Brennstoffen befeuerten Kraftwerke durch die Laufzeitverlängerung hinnehmen müssen. Ob bzw. inwieweit durch den Umstand der längeren Laufzeit des KKI2 dieser Nachteil ausgeglichen werden könnte, kann derzeit nicht beurteilt werden, da die Laufzeitverlängerung für das KKI2 erst ab 2020 wirksam werden würde. Zusätzliche Nachteile sind aus einer zu erwartenden Verschlechterung der

Einspeisevergütungen ab dem 01.01.2012 bei der Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) zu erwarten, die die Investitionsbedingungen für den Ausbau regenerativer Energien verschlechtern.

Frage 2:
Wie wollen die SWM die eventuell auftretenden Verluste abfangen?

Antwort der SWM:
Hierzu darf auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen werden. Inwieweit sich das EEG verändern wird, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Die SWM halten jedoch an ihrem Ziel fest, bis 2025 den Strombedarf von ganz München mit Ökostrom aus eigenen Anlagen decken zu können.

Frage 3:
Wie sind die SWM im Falle von Milliardenverlusten versichert?

Antwort der SWM:
Solche Versicherungen bestehen nicht.

Frage 4:
Wie wirkt sich die Entscheidung der Bundesregierung auf die geplanten Projekte einerseits und die sich in der Umsetzung befindenden Projekte andererseits aus?

Antwort der SWM:
Geplante Kraftwerke im Bereich der Kraftwärmekopplung werden nur noch in Ausnahmefällen wirtschaftlich sein und deshalb nicht realisiert. Bei regenerativen Projekten sind erhebliche Auswirkungen erst zu erwarten, wenn bei der Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes die Einspeisevergütungen über die bisher im Gesetz vorgesehenen jährlichen Degressionen hinaus abgesenkt werden.

Frage 5:
Falls die Projekte gestoppt werden, können die SWM die Verträge mit ihren Partnern einfach lösen oder drohen rechtliche Konsequenzen und eine finanzielle Belastung?

Antwort der SWM:
Die SWM sehen keinen Grund, genehmigte laufende Projekte zu stoppen.

Frage 6:
Falls die SWM an ihren Zielen festhalten, wie wirkt sich das auf das Investitionsrisiko aus?

Antwort der SWM:
Entscheidend für neue regenerative Projekte in Deutschland wird – wie bereits ausgeführt – die Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes im Jahr 2011 mit Geltung ab dem 01.01.2012 sein. Erst wenn die Bedingungen für neue Investitionen ab dem 01.01.2012 feststehen, kann das Risikoprofil dieser Investitionen erneut beurteilt werden.

Frage 7:
Können die SWM ihrer Aufgabe als kommunaler Energieversorger künftig noch gerecht werden und den BürgerInnen im Sinne der Gemeinwohlorientierung günstige und sozialverträgliche Energie anbieten?

Antwort:
Es wird weiterhin alles getan, um den Münchner Bürgerinnen und Bürgern preisgünstige Energie durch die SWM anzubieten. In den vergangenen Jahren und auch aktuell sind die SWM bei der Versorgung eines Durchschnittshaushalts mit Strom, Gas und Wasser im Vergleich der zehn größten deutschen Großstädte der preisgünstigste Grundversorger, obwohl München beispielsweise bei den Mieten eine der teuersten Städte in Deutschland ist. Allerdings hängt die Energiepreisentwicklung vor allem von der Angebots- und Nachfrageentwicklung auf dem Energieweltmarkt ab.

Multiresistente Krankheitserreger auf dem Vormarsch
Anfrage Stadtrat Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 12.10.2010

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Möglichkeiten einer Einflussnahme der Landeshauptstadt München auf die Ausbreitung multiresistenter Krankheitserreger in Münchner Pflege- und Gesundheitseinrichtungen.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage 1:
Gibt es offizielle Empfehlungen des Gesundheitsamtes für den Umgang mit hochresistenten Krankheitserregern?

Antwort:
Selbstverständlich gibt es Empfehlungen des Referates für Gesundheit und Umwelt (Münchner Gesundheitsamt) für den Umgang mit hochresistenten Erregern. Diese Empfehlungen, die unter anderem bei dessen infektionshygienischen Ermittlungen sowohl mündlich ausgesprochen als auch im gegebenenfalls erforderlichen Schriftverkehr als Empfehlungen bzw. Forderungen konkret dargelegt werden, orientieren sich am aktuellen Stand der Wissenschaft, an den einschlägigen Vorgaben der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention am Robert-Koch-Institut (KRINKO) sowie an den Empfehlungen der Fachgesellschaften (z.B. Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene, DGKH).

Zu den Organisationspflichten einer klinischen Einrichtung zählt überdies die Sicherstellung einschlägiger gesetzlicher Vorgaben wie die Erstellung eines einrichtungsbezogenen Hygieneplans (§ 36 Abs. 1 IfSG). Dieser Hygieneplan hat auch verbindliche Handlungsanweisungen für das Personal im Umgang mit Patientinnen/Patienten, die mit multiresistenten Erregern besiedelt oder infiziert sind, zu enthalten.

Frage 2a:
Existiert ein Aktionsplan für den Fall zunehmender bakterieller und viraler Multiresistenzen?

Antwort:
Ein Aktionsplan im engeren Sinne für den Fall zunehmender Multiresistenzen von Krankheitserregern existiert nicht. Jedoch wird im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit über die Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft Multiresistente Erreger (LARE) derzeit ein bayernweites Netzwerk mit der Zielsetzung einer Reduktion von Infektionen, die durch multiresistente Erreger (MRE) hervorgerufen werden, und einer Unterbrechung der MRE-Zirkulation zwischen verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens aufgebaut.

Mit dieser Netzwerkbildung (unter Koordination des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, ÖGD) zum Abbau der Schnittstellenprobleme durch ein sektorübergreifendes, abgestimmtes Handeln aller beteiligten medizinischen Einrichtungen sowie zur Eindämmung der Weiterverbreitung von Antibiotikaresistenzen wird dem Beschluss der 79. Gesundheitsministerkonferenz von 2006 Rechnung getragen.

Im Zusammenhang mit der Etablierung eines MRSA-Netzwerks sind alle 76 staatlichen und kommunalen bayerischen Gesundheitsämter aufgefordert, regional geeignete Netzwerke aufzubauen.

Das RGU hat für seinen örtlichen Zuständigkeitsbereich (LH München) einen Projektstrukturplan konzipiert, der die Etablierung eines „Münchner Netzwerkes“ in drei aufeinanderfolgenden Stufen vorsieht. Dieser Projektstrukturplan einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden bisherigen Aktivitäten des RGU wurden mit dem Artikel „Aufbau eines MRSA-Netzwerks in einer Großstadt – ein Erfahrungsbericht aus dem Gesundheitsamt München“ in der vom Robert-Koch-Institut herausgegebenen Fachzeitschrift Epidemiologisches Bulletin (Nr. 7, 22.02.2010) veröffentlicht.

Frage 2b:
Verfügen die Landeshauptstadt oder ihr übergeordnete Behörden über geeignete Reserveantibiotika?

Antwort:
Weder die Landeshauptstadt München noch die ihr übergeordneten Behörden verfügen über eine Bevorratung geeigneter Reserveantibiotika.

Die Indikation zur Verordnung und Anwendung von Antibiotika stellen in der Regel die behandelnden Ärztinnen/Ärzte. Der Bezug dieser Antibiotika

erfolgt ausnahmslos über die hierfür vorgesehenen Vertriebe (Apotheken). Eine staatliche und/oder kommunale Vorratshaltung von Reserveantibiotika durch Behörden ist aus verschiedensten Gründen weder sinnvoll noch möglich.

Angesichts einer erwartbaren weiteren Zunahme multiresistenter Erreger und des Auftretens neuer Resistenzen kann überdies weder aktuell noch für die Zukunft eine Aussage über die Wirksamkeit bisher verwendeter bzw. künftig benötigter Antibiotika getroffen werden.

Frage 2c:
Welche weiteren Maßnahmen sind zur Verhinderung von Multiresistenzen vorgesehen?

Antwort:
Mit der Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie (DART) wurde vom Bundesministerium für Gesundheit gemeinsam mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Konzept zur Eindämmung antimikrobieller Resistenzen vorgelegt.

DART definiert Ziele und Aktionen, auf die sich Deutschland bei seinen internationalen und nationalen Bemühungen zur Antibiotika-Resistenzbekämpfung innerhalb eines 5-Jahres-Zeitraums konzentrieren will. Es soll den Hauptursachen der Resistenzentwicklung – dem nicht sachgerechten Einsatz von Antibiotika und der inkonsequenten Anwendung von Empfehlungen zur Prävention von Infektionen – systemisch entgegengewirkt, Surveillance-Systeme zur Antibiotika-Resistenz und zum Antibiotikaverbrauch ausgebaut, Verhütungs- und Bekämpfungsmaßnahmen intensiviert, regionale, nationale und internationale Kooperationen gefördert und Wissenschaft und Forschung auf diesem Gebiet verstärkt werden.

Das RGU wird seine bisherigen Kontroll- und Beratungstätigkeiten zur Unterbindung und Prävention von nosokomialen Infektionen konsequent fortführen und durch das Einfordern der Etablierung eines geeigneten Hygiene- und Antibiotikamanagements in medizinischen Einrichtungen seinen Teil zur Verhinderung von Multiresistenzen beitragen.

Frage 3a:
Werden Schulungen durchgeführt, um Beschäftigte im Münchner Gesund-

heitswesen bzw. in der Altenpflege für die Problematik zunehmender Resistenzentwicklung von Krankheitserregern zu sensibilisieren?

Antwort:
Nach den Erkenntnissen aus der Überwachungstätigkeit des RGU werden in Alten- und Pflegeheimeinrichtungen sowie Krankenhäusern größtenteils Schulungen zur Hygiene, die die Thematik des Umgangs mit multiresistenten Erregern, beinhalten, durchgeführt.

Die Qualifizierung und Fortbildung (insbesondere auch auf dem Gebiet der Hygiene) von mit der medizinischen Versorgung befassten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zählt zu den ureigensten Organisationspflichten des Arbeitgebers, aber auch zu den Weiterbildungsverpflichtungen der Beschäftigten selbst.

Seitens des RGU wurden und werden Schulungen, wo erforderlich, eingefordert. Das RGU bietet eigene Schulungen allerdings nur vereinzelt an und hat diese in der Vergangenheit unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) bereits durchgeführt. Schulungsmöglichkeiten des RGU sind zum einen durch die ihm zur Verfügung stehenden Personalressourcen erheblich begrenzt, zum anderen existiert ein breites Fortbildungsangebot durch verschiedenste Institutionen und Fachgesellschaften.

Frage 3b:
Gibt es im städtischen Hoheitsbereich bzw. in den Beteiligungsunternehmen Münchenstift und Städtisches Klinikum spezielle Hygiene-Schulungen und solche zum sog. „Antibiotic Stewardship", also dem zurückhaltenden und verantwortungsvollen Antibiotikaeinsatz bei bakteriellen Infektionen?

Antwort:
Nach Kenntnissen des RGU gibt es im Städtischen Klinikum München standardisierte Vorgaben zum Antibiotikaeinsatz, deren Ziel in einer zurückhaltenden, verantwortungsvollen, aber auch ökonomischen Anwendung solcher Arzneimittel besteht.

Nach Kenntnissen des RGU werden im Beteiligungsunternehmen Münchenstift Hygieneschulungen von im Kontakt mit der zu betreuenden Klientel stehenden Beschäftigten durchgeführt.

Frage 4a:
Welche Möglichkeiten bestehen in stationären Einrichtungen in München ein generelles Eingangs-Screening auf MRSA bei Heimbewohnern und Risikopatienten (z.B. auf Intensiv- und Neugeborenenstationen, Transplantationseinheiten) zu implementieren?

Antwort:
In medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern wird den Empfehlungen des RKI sowie des RGU nach Durchführung entsprechender (Eingangs-)Screeningverfahren bei so genannten Risikopatienten (zu denen auch Heimbewohner zählen), derzeit nur zum Teil entsprochen.

Seitens des RGU wird seit langem konsequent die Vornahme entsprechender Screeningmaßnahmen aus infektionspräventiven Gründen von allen klinischen Einrichtungen im Stadtgebiet München eingefordert.

Screeninguntersuchungen von Heimbewohnern sollen nach den aktuellen Empfehlungen der KRINKO auf Ausnahmeereignisse (z.B. gehäuftes Auftreten von MRSA-Infektionen in einem Altenheim) begrenzt bleiben. Das Auftreten von MRSA in Heimen ist als Folge des Vorkommens und der Zunahme von MRSA in Krankenhäusern anzusehen, hier gibt es einen engen Zusammenhang zwischen MRSA-Besiedelung von Heimbewohnern und zurückliegenden Krankenhausaufenthalten.

Entscheidender als die Vornahme von Eingangs-Screenings ist nach Auffassung des RGU die Sicherstellung einer geeigneten Informationsweitergabe bei Zu- und Abverlegungen von MRSA-besiedelten Patientinnen/Patienten zwischen Krankenhaus und Pflegeeinrichtung. In Kenntnis des Trägerstatus des/der jeweiligen Klientin/Klienten bzw. Patientin/Patienten können dann von den jeweiligen Einrichtungen die erforderlichen präventiven Hygienemaßnahmen eingeleitet werden.

Ein entsprechendes Eingangs-Screening setzte verständlicherweise auch die sich anschließende Durchführung und Einhaltung notwendiger hygienischer und medizinischer Maßnahmen (z.B. Sanierung von Keimträgern) voraus. Dies wiederum erforderte entsprechende Tätigkeiten der solche Patienten behandelnden Ärztinnen/Ärzte.

Frage 4b:
Mit welchen Kosten wäre ein derartiger Test pro Person verbunden?

Antwort:
Eine Aussage über die Kosten eines Eingangs-Screenings (Test) pro Person kann seitens des RGU angesichts der Vielzahl der Anbieter und Testverfahren nicht getroffen werden.

Frage 4c:
Bestünde die Möglichkeit einer (Teil-)Finanzierung dieser Maßnahme durch die Krankenkassen?

Antwort:
Bezüglich der Abklärung von Möglichkeiten einer Finanzierung von Screeningmaßnahmen durch die Krankenkassen hat sich das RGU an die Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft Multiresistente Erreger (LARE) gewandt, in der u.a. die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns, der Arbeitskreis der privaten Pflegeverbände Bayerns sowie die Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassen (ARGE) vertreten sind. Eine Stellungnahme der LARE, die sich mit dieser Fragestellung auseinandersetzen und dem RGU Rückmeldung geben wollte, liegt bislang nicht vor.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 17. November 2010

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans – verkehrliche Konsequenzen für den Bahnknoten München aufzeigen
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (2) – Konsequenzen für die Beseitigung von Altlasten bei der Barrierefreiheit aufzeigen
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (3) – Konsequenzen für die Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge aufzeigen
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (4) – wann kommt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie für die Untertunnelung der S8-Trasse zwischen Daglfing und Johanneskirchen vor den Stadtrat?
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Braucht Münchens Wirtschaft Einwanderung?
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Sondergenehmigung für Naziaufmarsch?
Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Weihnachtsbeihilfe gewähren!
Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Schluß mit der Förderung Linksextremer aus städtischen Geldtöpfen – Extremismus-Klauses einführen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

ANTRAG
17.11.10

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans - verkehrliche Konsequenzen für den Bahnknoten München aufzeigen

Der Stadtrat möge beschließen:
Dem Stadtrat wird das am Donnerstag, den 11. November 2010 vom Bundesverkehrsminister vorgelegte Ergebnis der Bedarfsüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans in Bezug auf den Bahnknoten München dargestellt. Hierbei ist insbesondere auch auf die Behandlung der schon heute als überlastet geltenden S-Bahn-Außenäste S4-West, S2-Ost und S1 einzugehen, die offenkundig auf absehbare Zeit nicht ausgebaut werden sollen.

Begründung:
Es steht wohl außer Frage, dass sich der Stadtrat der LH München auf Basis einer bewertenden Analyse des Planungs- und ggf. des Baureferates mit dieser Neufassung befassen muss, die für die MVV-Region offenkundig aus verkehrlicher Sicht Licht- und Schattenseite beinhaltet.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Quellen:

/1/ www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/IR/bedarfsplanueberpruefung.html
(Bedarfsüberprüfung auch für Schienenprojekte)

/2/ www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/59400/publicationFile/30358/schlussbericht-schienen-de.pdf (Schlussbericht Schienenverkehr: 33 MB. Ab Seite 535 (9-249) geht es um den Bahnknoten München)

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

ANTRAG

17.11.10

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (2) - Konsequenzen für die Beseitigung von Altlasten bei der Barrierefreiheit aufzeigen

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird anhand des am Donnerstag, den 11. November 2010 vom Bundesverkehrsminister vorgelegten Ergebnisses der Bedarfsüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans in Bezug auf den Bahnknoten München dargestellt, auf welchen innerstädtischen S-Bahn-Strecken und -Bahnhöfen nun wenigstens für die nächsten 15 Jahre Planungssicherheit herrscht und an welchen S-Bahnhöfen nun das überfällige Thema der Barrierefreiheit konsequent anzugehen ist.

Begründung:

Es gibt noch etliche S-Bahnhöfe in München, insbesondere im Bereich außerhalb des Mittler Rings, deren Barriere-Un-Freiheit ein tiefes und immer weniger akzeptables Ärgernis darstellen (z. B. in München-Riem /Foto/ und in München-Perlach) . Bislang konnte sich die Bahn häufig auf mangelnde Planungssicherheit und Furcht vor verlorenem Aufwand hinausreden.

Angesichts der technischen Lebensdauer von Fahrtreppen und Aufzügen im Außenbereich von typischerweise 15 bis 20 Jahren muss die Stadt im Interesse ihrer Bürger und der Attraktivität des ÖVs in einer älter werdenden Gesellschaft energisch darauf dringen, dass auch bei einem Planungshorizont von lediglich 15 Jahren die Barrierefreiheit herzustellen ist.

In besonderen Fällen kann auch auf Aufzüge etc. verzichtet werden, wenn die Barrierefreiheit pragmatisch unter Ausnutzung eisenbahnrechtlich möglicher ebenerdiger Bahnsteig-Zugänge, z.B. von einem Bahnübergang aus, sichergestellt wird. Lieber ein gutes Dauerprovisorium als den Barriere-Dauerskandal.

Für den Bahnhof Riem hat die CSU im BA15 schon 2008 einen derartigen Lösungsansatz aufgezeigt /1/. Ähnliches gilt für den Bahnhof Perlach, wo die JU Perlach anhand des Bhf. Züssow gezeigt hat, wie die DB andernorts die Barrierefreiheit pragmatisch löst (Foto: Thomas Kauer).

Abschließend ist festzuhalten, dass hierbei auch eine freiwillige städtische Kostenbeteiligung nach dem Beispiel fast aller Umlandgemeinden kein unumstößliches Tabu sein darf, wenn es den Münchner Fahrgästen hilft.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

<u>Quellen:</u>

/1/ Barrierefreier Zugang zum S-Bahnsteig in Riem: unorthodox, preiswert, rasch realisierbar – Antrag 08-14 B 00022 des BAs 15 Trudering-Riem
www.ris-muenchen.de/RII2/BA-RII/ba_antraege_dokumente.jsp?Id=1422952&selTyp=BA-Antrag

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

ANTRAG
17.11.10

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (3) - Konsequenzen für die Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge aufzeigen

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird anhand des am Donnerstag, den 11. November 2010 vom Bundesverkehrsminister vorgelegten Ergebnisses der Bedarfsüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans in Bezug auf den Bahnknoten München dargestellt, auf welchen innerstädtischen S-Bahn-Strecken und -Bahnhöfen nun wenigstens für die nächsten 15 Jahre Planungssicherheit herrscht und an welchen S-Bahnstrecken nun die längst überfällige Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge aktiv angepackt werden kann.
Dabei ist anzustreben, dass bei der Realisierung von Über- oder Unterführungen künftige Schienenausbauten auf 3- bzw. 4-Gleisigkeit konstruktiv/planerisch weitgehend schon berücksichtigt werden.

Begründung:

Es gibt noch etliche höhengleiche Bahnübergänge in München, die einer Beseitigung harren. Der größte Handlungsbedarf dürfte am BÜ Fasanerie herrschen, für den das Baureferat eine Machbarkeitsstudie hat anfertigen lassen. Wegen der Unsicherheit über einen evtl. bevorstehenden viergleisigen Ausbau dieser Strecke liegt diese derzeit „auf Eis“.

Nachdem doch für einen beachtlichen Zeitraum nun Planungssicherheit herrschen dürfte, darf diese Aufgabe im ureigensten Interesse der Stadt München nicht weiter vor sich hergeschoben werden.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
17.11.10

Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (4) - wann kommt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie für die Untertunnelung der S8-Trasse zwischen Daglfing und Johanneskirchen vor den Stadtrat?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Im Zuge der Stellungnahmen zur Überplanung des Bahnknoten hat die Stadt München ihre Forderung nach einer Untertunnelung der S8-Trasse zwischen Daglfing und Johanneskirchen bekräftigt. Hierzu wurde auch eine Arbeitsgruppe zwischen LHM und Verkehrsministerium eingerichtet. Ergebnisse sollten dem Stadtrat im Herbst 2010 vorgestellt werden.

Bei den nun vorgestellten Ergebnissen der Bedarfsüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans in Bezug auf den Bahnknoten München ist von einer Tunnellösung keine Rede.

Wir fragen daher:

1. Wann ist mit Vorlage der Machbarkeitsstudie im Stadtrat zu rechnen?

2. Welche Kosten kommen auf die Stadt München in etwa zu?

3. Wurden auch die DB Netz AG und das Bundesverkehrsministerium in die Erstellung der Machbarkeitsstudie miteinbezogen? Liegen hier Reaktionen vor?

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 17.11.2010

Antrag

Braucht Münchens Wirtschaft Einwanderung?

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dem Stadtrat zum Thema Einwanderung in den Arbeitsmarkt Bericht zu erstatten und ggf. Handlungsvorschläge zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind besonders folgende Fragenkomplexe zu berücksichtigen:

- Welche Auswirkungen hatte in der Vergangenheit die Einwanderung auf den Bedarf der Arbeitgeber auf qualifizierte Arbeitskräfte?
- Wie stellt sich zur Zeit und in den letzten Jahren die Situation des Zuzugs aus dem Ausland für München dar? Wie viele Personen wandern jährlich zu und wie viele Personen davon sind der Arbeitsmigration zuzurechnen (Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach § 18-21 Aufenthaltsgesetz) – etwa als Selbstständige und Hochqualifizierte?
- Wie wird der Bedarf der Münchner Wirtschaft jetzt und in den nächsten Jahren in Bezug auf Einwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland eingeschätzt? Reichen hierzu die gesetzlichen Regelungen aus? Gibt es Möglichkeiten kommunalen Handelns, um Rahmenbedingungen zu verbessern?
- Wird das Potential bereits eingewanderter Personen für die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts und der Münchner Wirtschaft genügend genutzt? Sind etwa die Verfahren der Anerkennung beruflicher Abschlüsse aus dem Ausland ausreichend oder gibt es hier – trotz der existierenden Aktivitäten – Verbesserungsbedarf?

Begründung:

Der Mangel an Fachkräften wird immer mehr zu einem Problem. Nach Prognosen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), das die Bundesanstalt für Arbeit wissenschaftlich berät, werden der deutschen Wirtschaft im Jahre 2030 ca. 5,5 Millionen Fachkräfte fehlen. Der Bundeswirtschaftsminister geht schon für das vergangene Jahr 2009 von volkswirtschaftlichen Kosten dieses Mangels von 15 Milliarden Euro aus. Aktuell würden 36.000 IngenieurInnen und 66.000 Computer-Fachleute fehlen.

Gerade in einer Stadt wie München, deren Wirtschaft auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte besonders angewiesen ist, kann sich dieses Defizit gravierend auswirken.

Natürlich ist die primäre Aufgabe die Aus- und Weiterbildung der hier ansässigen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Doch ist fraglich, ob dies gerade

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

angesichts der demografischen Entwicklung ausreichend sein wird. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, ob die bestehenden Instrumente der Einwanderungspolitik ausreichend sind oder ob nicht z.B. das viel diskutierte Punktesystem von Vorteil wäre.

Klaus Zimmermann, Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), erklärte unlängst: Ohne eine Öffnung des Arbeitsmarkts „kann eine Exportnation wie Deutschland in der globalisierten Welt nicht bestehen. Dies erfordert aber eine Kultur, Zuwanderer wirklich willkommen zu heißen und sie in unsere Gesellschaft als eine Bereicherung aufzunehmen“[1]

Dagegen hat der bayerischen Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) erklärt, „dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen“. Dem gegenüber stehen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen einer Großstadt wie München. Hier geht es um den globalen Wettbewerb um die besten Köpfe, um Individuen und ihre Fähigkeiten, und nicht um pauschale Urteile über die angebliche Integrationsunfähigkeit ganzer Völkergruppen.

1

(http://www.iza.org/index_html?lang=en&mainframe=http%3A//www.iza.org/db_management/press/en/webcontent/publications/press/view_press%3Fid%3D3108%26year%3D2010&topSelect=publications&subSelect=press)

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Dr. Florian Roth, Stadtrat
Gülseren Demirel, Stadträtin
Lydia Dietrich, Stadträtin
Siegfried Benker, Stadtrat

1

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 17.11.2010

Anfrage: Sondergenehmigung für Naziaufmarsch?

Der Neonaziaufmarsch am vergangenen Samstag folgte einer ungewöhnlichen Route. Demonstrationen entlang des Isarufers und Kundgebungen vor dem Friedensengel sind in München nicht üblich. Das mag daran liegen, dass diese Strecke die Bannmeile um den Landtag zumindest berührt.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende Fragen:

1. Wer hat die Demonstrationsroute genehmigt?

2. Trifft es zu, dass die Prinzregentenbrücke und das Rondell am Friedensengel nach dem Versammlungsgesetz Teil der Bannmeile sind?

3. Nach dem Versammlungsgesetz müssen Versammlungen (auch eine Demonstration zählt als Versammlung) innerhalb der Bannmeile vom Präsidenten des Bayrischen Landtags sowie vom Innenministerium genehmigt werden. Lag eine solche Genehmigung vor?

4. Wenn eine solche Genehmigung nicht vorlag, warum wurde dann diese Demonstrationsroute genehmigt?

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Dagmar Henn
Ehrenamtliche Stadträtin

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, den 17.11.2010

Antrag: Weihnachtsbeihilfe gewähren!

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München gewährt Weihnachtsbeihilfe an:

a) **Bezieher/innen von Grundsicherung nach dem SGB XII, d.h. Rentner/innen, Erwerbsunfähige und deren Kinder**
b) **Empfänger/innen von Sozialgeld nach dem SGB II, d.h. Kinder unter 15 Jahren in Haushalten, die ALG II – Leistungen erhalten, sowie deren Erziehungsberechtigte**
c) **Heimbewohner/innen, die Taschengeld nach dem SGB erhalten.**

Die Weihnachtsbeihilfe wird nur gezahlt, wenn bis 31. August 2008 der Zuzug (1. Wohnsitz) nach München erfolgt ist.

Die Weihnachtsbeihilfe beträgt für:

Haushaltsvorstand	**80 Euro**
Haushaltsangehörige	**60 Euro**

Für Heimbewohner wird die Weihnachtsbeihilfe, die diese bereits erhalten, auf eine Höhe von 55 Euro aufgestockt.

Begründung:

Auch in diesem Jahr werden sich bedürftige Kinder mit ihren Erziehungsberechtigten ebenso wie arme Seniorinnen und Senioren der großen Feierlichkeit des hiesigen Kulturkreises, dem Weihnachtsfest, nicht entziehen können. Und auch in diesem Jahr werden diese Seniorinnen und Senioren, Familien und Kinder spüren, dass sie ausgeschlossen sind, nicht schenken können und jedes empfangene Geschenk den bitteren Geschmack des Almosens trägt.

Geschenkt erhalten sie kluge Empfehlungen und gute Ratschläge von hoch dotierten Professoren, Journalisten, Juristen und Politikern. Es wird ihnen gesagt, diese Gesellschaft erwarte ihre unbedingte Bereitschaft zur Aufnahme jeglicher Arbeit, egal ob

sie frisch entbunden haben oder es bestenfalls Arbeit zu entwürdigenden Bedingungen bei erbärmlicher Bezahlung gibt.

Unabhängig davon, was diese Menschen in ihrem Leben geleistet haben, wie sehr sie sich für andere engagiert haben, Angehörige gepflegt haben, Kinder erzogen haben, ihr Hab und Gut mit andern geteilt haben oder sich in schlechten Jobs aufgearbeitet haben, die Botschaft dieser Gesellschaft bleibt die gleiche: Du bist selber Schuld. Du hast es nicht verdient. Du hast es nicht geschafft. Dein Leben war vergebens. Wir können Dir nicht die Verantwortung für die Bildung Deiner Kinder überlassen. Deine Leistung war nicht Vergütung. Du bist keine Leistungsträgerin. Du bist kein Leistungsträger. Du bist uns nicht teuer, aber Deine Gesundheit ist uns zu teuer. Du bist diesem Staat eine Last.

Darum werden die Bedürftigen an den Rand der Existenz geführt, damit denen Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer geschenkt werden kann, die dem Staat wertvoll sind. Damit Akademikerinnen und Besserverdienende für das Kinder kriegen belohnt werden können. Damit sich Unternehmen, öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen unter billigen und servilen Arbeitskräften bedienen können. Damit die Reichen nicht flüchten. Damit die Finanz- und Versicherungshehler weiterhin ihren einträglichen Geschäften nachgehen können, damit die Händler der Angst, des Krieges, des Hungers und der Not nicht verzichten müssen, denn sie sind relevant für das System.

Auch die Bewahrer des Grundgesetzes unseres sozialen Bundesstaates finden, dass den auf Grundsicherung Angewiesenen, die Armseligkeit ihrer Existenz nur plausibler zu bemessen ist. Doch wer kennt noch das Maß für die Würde des Menschen?

Die Bundesregierung erklärt, dass die Bedürftigen weder ein Glas Wein noch eine Zigarette verdient haben. Weder jetzt, noch am Heilig Abend. Aber sie erhalten im Monat fünf Euro mehr, zum Ausgleich für teuren Strom, warmes Wasser und Lebensmittel, die nicht von der Tafel anderer sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Stadträtinnen und Stadträte, lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen der Nächstenliebe setzen, so flüchtig es im Schatten aller Ungeheuerlichkeiten auch erscheinen mag.

Dagmar Henn
Stadträtin der LINKEN.

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
17.11.2010

Schluß mit der Förderung Linksextremer aus städtischen Geldtöpfen – Extremismus-Klauses einführen!

Ich beantrage:

1. Die Stadt München legt ab sofort bei der Förderung von Programmen, Intiativen, Vereinen etc., die sich der vorgeblichen Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ widmen, die Maßgabe zugrunde, daß sich Empfänger städtischer Zuschüsse ausdrücklich zu den Zielen des Grundgesetzes bekennen und jede Zusammenarbeit mit extremistischen Strukturen ablehnen.

2. Empfänger städtischer Leistungen/Förderungen im Kampf gegen „Rechts“ werden deshalb verpflichtet, eine „Extremismus-Klauses“ zu akzeptieren und zu unterzeichnen.

Begründung:

Der „Kampf gegen Rechts“ wird unter dem Deckmantel eines demokratischen Engagements immer wieder von ausgwiesenen Linksextremisten mißbraucht – auch in der bayerischen Landeshauptstadt, wo es mittlerweile ein schwer durchschaubares Netzwerk einschlägiger und mit städtischen Mitteln geförderter Initiativen, Vereine, „Archive“ usw. gibt. Eine der prominentesten Organisationen, auf deren Arbeit die Stadt nach eigenem Bekunden seit Jahren zurückgreift, ist das sogenannte „A.I.D.A.“-Archiv, das vom bayerischen Innenminister Herrmann trotz eines anderslautenden Gerichturteils vom September 2010 „unverändert als linksextremistisch“ bezeichnet wird.

Der Förderung linksextremer Organisationen und Projekte unter dem Deckmäntelchen eines wohlfeilen Kampfes „gegen Rechts“ ließe sich entgegenwirken, wenn von den Empfängern städtischer Fördermittel künftig die Unterzeichnung einer „Extremis-

b.w.

mus-Klausel“ eingefordert würde, die ausdrücklich zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichtet und die Zusammenarbeit mit extremistischen Referenten, Organisationen etc. verbietet.

Im Freistaat Sachsen und andernorts gibt es inzwischen eine solche Extremismus-Klausel. Sie lautet dort für Nominierte bzw. Preisträger für besonders verdienstvolle Projekte „gegen Rechts“:

> „Hiermit bestätigen wir, daß wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (...) bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Nominierte bzw. Preisträger (...) haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Vereinen/Trägern sowie Behörden, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, daß die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewußt, daß keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, daß einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“ (Zit.: *Dresdner Neueste Nachrichten*, 11.11.2010)

Schon viel zu lange sieht sich die bayerische Landeshauptstadt dem Vorwurf ausgesetzt, sie sei auf dem linken Auge blind. Mit der Einführung einer unzweideutigen Extremismus-Klauses für die Empfänger städtischer Fördermittel oder Auszeichnungen im Kampf „gegen Rechts“ könnte München nun endlich ein klares Zeichen setzen, daß es auch der bayerischen Landeshauptstadt mit der Bekämpfung des Extremismus von links *und* rechts ernst ist.

Karl Richter
Stadtrat